

BILDUNGS- MAGAZIN

Bildungsmagazin 5/88

Sonderheft
Kommunalpolitik



Eckpfeiler

*Das zweite
Standbein*

*Im Visier
des
Großkapitals*

*Monopoly oder Arbeiter-
politik vor Ort?*

Die Zukunft der Städte und Regionen - Kämpfe und Kampffelder einer alternativen Kommunalpolitik



Materialien eines kommunalpolitischen Kolloquiums

Arbeitsmaterialien
des

IMSF

21

herausgegeben vom
Institut für Marxistische
Studien und Forschungen

Frankfurt am Main
DM 17,80

Was sind das eigentlich für Leute, die unsere Bildungsmagazine schreiben? Eine Frage, die nicht selten gestellt wird.

Enthüllen wir das „Geheimnis“, machen wir Glasnost konkret.

Der Entwurf für dieses Bildungsmagazin wurde von zwei Genossen der Abt. Theorie/Marxistische Bildung und der Abt. Kommunalpolitik erstellt und in ihren Abteilungen zur Diskussion gestellt, kritisiert, überarbeitet. Das Bildungsmagazin ist also Gemeinschaftsprodukt von zwei Abteilungen des Parteivorstandes und mehr: der Entwurf wurde darüber hinaus „ganz normalen“ Parteimitgliedern, Gruppenvorstandsmitgliedern und vor allem kommunistischen Ratsmitgliedern von Oldenburg bis Nürnberg zur kritischen Begutachtung gegeben. Anregungen, Veränderungsvorschläge wurden selbstverständlich berücksichtigt. Man kann also sagen: Das Bildungsmagazin ist das Ergebnis kollektiver Anstrengung, in das die verschiedensten praktischen Erfahrungen von zwei Dutzend Kommunistinnen und Kommunisten eingeflossen sind.

Das ist eine ganz praktische (arbeits- und zeitaufwendige) Seite der innerparteilichen Demokratie. Das Ergebnis rechtfertigt den Aufwand. Und im kommenden Parteibildungsjahr werden wir dafür Sorge tragen, daß die Bildungsmagazine trotz stärkerer Einbeziehung von Kommunistinnen und Kommunisten „draußen im Lande“ (wo die Mitarbeiter des PV ja auch oft genug sind) doch wieder pünktlich erscheinen.

Gleich vorweg ein Tip für den Bildungsabend:

Fordert als Referenten die Autoren des Bildungsmagazins oder DKP-Kommunalpolitiker/innen aus Eurem Bezirk an. Die Abt. Theorie und marxistische Bildung oder der/die Bezirksbildungssekretär/in Deines Bezirks helfen gern weiter.

Redaktions- Notiz

Inhalt

<i>Warum dieses Sonderheft?</i>	Seite	2
<i>Eckpfeiler kommunistischer Kommunalpolitik</i>	Seite	4
<i>Das zweite Standbein</i>	Seite	18
<i>Im Visier des Großkapitals</i>	Seite	26
<i>These 30: „Neue Momente in der Kommunalpolitik</i>	Seite	16



Foto: Scholz

Neuen
Schwung
holen

Foto: Scholz

DKP

Deutsche kommunistische Partei



W arum dieses Sonderheft?

Zwischen März 1988 und Ende 1989 finden in sieben Bundesländern Kommunalwahlen statt. Politik für 53 Millionen

Bürgerinnen und Bürger steht auf dem Prüfstand. Für unsere Partei geht es um die Vertei-

gung von 98 der insgesamt 117 Mandate* in Rathäusern und Bezirksvertretungen, Kreistagen, Magistraten, Ortsbeiräten und Stadtverordneten-Versammlungen . . . Und es geht um mehr:

Quer durch alle Parteien ist man sich einig, daß bei den Kommunalwahlen 88/89 auch um die Massenverankerung an der Basis des politischen und staatlichen Systems der Bundesrepublik gerungen wird. Veränderungen des politischen Kräfteverhältnisses auf kommunaler Ebene haben Auswirkungen auf Bonner Politik. So wie Bonner Politik mehr denn je katastrophale Auswirkungen auf Kommunalpolitik, auf die Lebensqualität in den Städten, Gemeinden und Landkreisen hat.

Die Kommunalwahlen können Weichen stellen für eine neue Politik. Sie können ein wichtiger Beitrag werden zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, an deren Ende die Ablösung der Wenderegierung stehen kann.

Das ist ein Grund, sich in der Parteigruppe intensiver mit dem Thema „Kommunalpolitik“ zu befassen. Aber nicht der einzige. Sonst hätten wir als Thema dieses Sonderheftes „Kommunalwahl 88/89“ gewählt.

Uns geht es mit diesem Bildungsmagazin nicht im engen Sinne um das Fit-machen für diese Kommunalwahlserie. Beim Bildungsabend soll vielmehr in allen Gruppen eine grundlegende Diskussion über Kommunalpolitik geführt werden, — natürlich mit der praktischen Absicht, mit dem Ziel, auf dem Feld der Kommunalpolitik auf breiter Front einen Schritt vorwärts zu kommen und neue Politik vor Ort umzusetzen.

Das ist notwendig — auch dort, wo aktuell keine Kommunalwahlen ins Haus stehen.

Denn ohne stärkere Orientierung auf die Kommunalpolitik als 2. Standbein unserer Arbeiterpolitik keine grundlegenden Erfolge in der kommunistischen Massenverankerung. Darum soll dieses Sonderheft auch **über das Parteibildungsjahr 87/88 hinaus Grundla-**

Materialien

„Im Kampf der Klassen beginnt alles mit dem Nächstliegenden. Beim aktiven Eintreten für ihre unmittelbaren Interessen entwickeln die arbeitenden Menschen ihre eigene Kraft, erhöhen sie ihre Organisiertheit, sammeln sie neue Erfahrungen, die sie zu weitergehenden Forderungen veranlassen. Gerade unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus rührt der Kampf des werktätigen Volkes für die Verbesserung seiner sozialen Lage und die Erweiterung seines politischen Einflusses mehr als je zuvor an der Herrschaft des Großkapitals.“

(Aus dem Programm der DKP)

ge für Bildungsabende zum Thema Kommunalpolitik sein.

Das Bildungsmagazin ist zweigeteilt und soll so zwei unterschiedliche Zugänge zum Thema ermöglichen.

Im ersten Kapitel können anhand des Interviews mit Thomas Ferber, Stadtrat in Wülfrath, allgemeine Eckpfeiler und das spezifische Profil kommunistischer Kommunalpolitik herausgearbeitet werden.

Im zweiten und dritten Kapitel geht es um die prinzipielle Bedeutung der Kommunalpolitik a) aus der Sicht der Kommunisten und b) aus der Sicht des Großkapitals.

* *Wir sprechen im Bildungsmagazin der Einfachheit halber von „Ratsvertretern“, „Räten“ ... Die inhaltlichen Aussagen beziehen sich natürlich auch auf Kommunisten und Kommunistinnen in Bezirksvertretungen, Magistraten, Ortsbeiräten, Stadtverordneten-Versammlungen...*



DKP zum Anfassern

Foto: Scholz

1. Eckpfeiler

Manch einer witzelt über die mageren Wahlerfolge der DKP, nennt uns „Die Null-Komma-Partei“ und will uns dadurch den realistischen

Blick nehmen für unsere Schwächen und Stärken — auch um uns die Kraft zu nehmen, erfolgreich zu kämpfen. Wo Thomas Ferber herkommt, hat die Partei Erfolge erkämpft — auch bei Kommunalwahlen. Im Interview sagt er seine Meinung zu den Eckpfeilern kommunalpolitischer Erfolge . . . gerade heraus und ohne diplomatische Höflichkeiten.

Ihr habt in Wülfrath von 1979 bis 1984 Euer Wahlergebnis von 4,4 auf 13,4 % erhöht. Wie habt Ihr das geschafft?

Das liegt sicherlich daran, daß die Leute bei unserem Ergebnis von 4,4 % gesehen haben, daß die DKP es packen kann, über die undemokratische 5-Prozent-Sperre zu kommen.

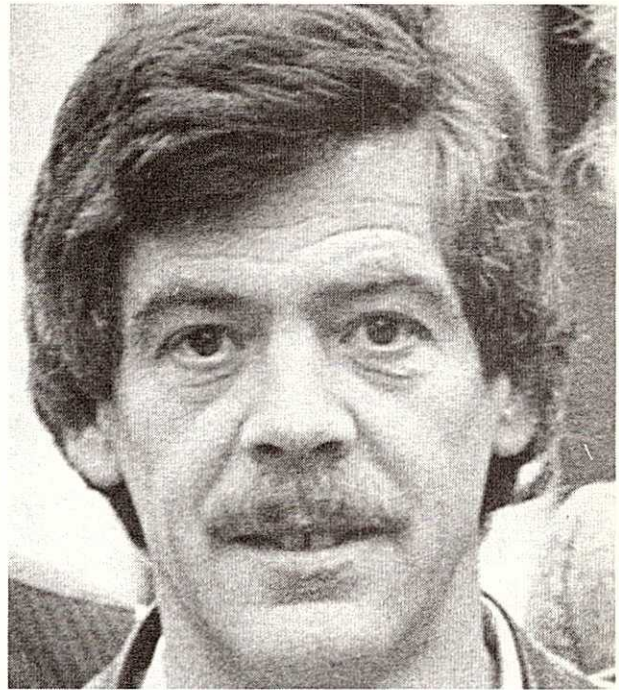
Sicher gab es in Wülfrath günstige Voraussetzungen, z. B. einige intakte Arbeiterwohngebiete, einen stadtbeherrschenden Betrieb. Jede Stadt hat aber irgendwelche Besonderheiten, die unsere Arbeit mal erleichtern, mal erschweren. Darauf muß sich jede Parteiorganisation vor Ort einstellen.

Aber selbst die besten Bedingungen helfen nichts, wenn sie nicht erkannt und durch Schwerpunktarbeit genutzt werden.

Wülfrath ist jedenfalls kein Exoten-Beispiel für kommunalpolitische Erfolge. Hier ist kein besonderes Biotop für Kommunisten.

Das Verallgemeinerbare dieses wahlpolitischen Erfolges ist: der Sprung in den Stadtrat war das Ergebnis langfristiger angelegter, ausdauernder, konkreter Interessenvertretungsarbeit vor Ort. Wir haben ja in Wülfrath nicht erst ein Jahr vor der Wahl mit der Politik angefangen. Wir sind seit Mitte der 70er Jahre am Ball! Damals haben wir uns das Ziel ganz konkret vor die Brust genommen, in den Rat zu kommen. Wir haben seit Anfang der 70er Jahre — seit Bestehen der UZ — regelmäßig in der Stadt gestanden und die UZ verkauft. Wir waren ständig präsent und Ansprechpartner für die Mitbürger . . .

Nicht so schnell und nicht alles auf einmal. Das hört sich so glatt an. Sag doch ganz knapp: Was ist Deiner Meinung nach der wichtigste Eckpfeiler für erfolgreiche kommunistische Kommunalpolitik?
Zeit.



Zur Person:

Thomas Ferber ist 47 Jahre alt. Vater von zwei erwachsenen Kindern, im ersten Beruf Maschinenschlosser. Über die Begabtensondierung hat er Pädagogik studiert. Heute ist er Bundesvorsitzender der „Marxistischen Arbeiterbildung“ (MAB).

1984 wurde Thomas mit zwei anderen Genossen und zwei Genossinnen in Wülfrath in den Rat gewählt.

Mit dem Ergebnis 13,4 % DKP-Stimmen hatte niemand gerechnet. Bei der Kommunalwahl 1979 hatte die DKP 4,4 % der Stimmen bekommen.

*Thomas: „Unser Ziel war: über die 5-Prozent-Sperre zu kommen. Alles über der 5 war für uns die ‚Sahne‘. Und es war viel Sahne.“
Sein persönliches Ergebnis in seinem Wahlbezirk: 28 Prozent.*

Die Mutter des Erfolges

Wieso „Zeit“?

Wir sind uns doch einig: Wir brauchen für mehr Erfolge viel mehr kommunistische Persönlichkeiten, die vor allem das Vertrauen der Arbeiterfamilien im Wohngebiet erwerben. Und dafür braucht man Zeit. Diese Erfahrung wird viel zu wenig berücksichtigt. In der Regel sind fünf bis zehn Jahre notwendig, — Jahre kontinuierlicher, nie unterbrochener und auch nicht wesentlich nachlassender Präsenz. Jahre offensiver, konkreter Interessenvertretung und außerparlamentarischer Aktion. Billiger sind Erfolge nicht zu haben.

Die Mutter des Erfolgs ist also Deiner Meinung nach Ausdauer. Langfristigkeit der Zielstellung und planmäßiges Herangehen?

Klar! Mit einer kurzen, kräftezehrenden Kampagne oder mit „taktischen Tüfteleien“ werden wir keine dauerhaften Erfolge erringen können. Nicht in der Kommunalpolitik, nicht bei der Parteientwicklung, nirgendwo. Unsere Erfahrung aus der ja erfolgreichen Betriebsarbeit ist doch:

persönliche Verankerung in der Arbeiterklasse braucht Zeit. Das dort angestrebte Vertrauen will erarbeitet werden. Das gilt auch für die Kommunalpolitik, für das Wirken im Wohngebiet.

Oder gibt es etwa irgendein Naturgesetz, daß Arbeiterklasse im Stadtteil schneller Vertrauen zu Kommunisten faßt? Würde irgendeine Betriebsgruppe im Normalfall erwarten, daß ein Mitglied Betriebsrat wird, bloß weil es zwei, drei Mal einen tollen Beitrag auf einer Betriebsversammlung gehalten hat?

Da fragst Du was . . .

Ich betone das ja auch nur, weil es in Wohngebietsgruppen in der Frage oft unrealistisches Herangehen



und Ungeduld gegenüber objektiven Bedingungen und der Arbeiterklasse gibt. Manch einer unterliegt der Gefahr, den realen Problemen aus dem Weg zu gehen, in der Hoffnung, durch Ausweichen schneller vorwärtszukommen . . .

Kannst Du das, bevor das jemand falsch versteht, konkreter machen?

Konkret meine ich: Wer in der Arbeiterklasse die Hauptkraft gesellschaftlicher Veränderung sieht, der muß akzeptieren, daß für unsere Arbeiter- und Bündnispolitik im Stadtteil ähnliches gilt wie für Arbeiterpolitik im Betrieb. Dazu gehört: **Vertrauen**, das man als Grundlage für Massenverankerung erst erwerben muß, **wird durch Taten, nicht durch Worte entwickelt**. Ehe die Kollegen unsere Argumente, unsere Erklärungen, Programme und Zukunftsvorstellungen kritisch prüfen, müssen sie bereit sein, uns zuzuhören.

Das tun sie gegenwärtig zum Teil mehr als früher, aber letztlich nur



dann, wenn sie in gemeinsamer Aktion Vertrauen zu uns gefaßt haben. Das ist einer der Gründe, warum wir der gemeinsamen, aktionsorientierten Interessenvertretung als Partei mehr Gewicht in der Praxis geben müssen.

Das heißt also: die Rolle als Partei der Arbeiterklasse durch mitreisendes, mobilisierendes Handeln praktisch erfahrbar machen?

Und zwar massenhaft! Den Anspruch, den wir an alle unsere Abgeordneten stellen, nämlich als konsequente Interessenvertreter ihrer Mitbürger an der Spitze außerparlamentarischer Bewegungen zu gehen, diesen Anspruch müssen wir an alle Vorstände von Wohngebietsgruppen, ja selbst an jedes Mitglied unserer Partei stellen.

Die Partei muß Motor, Initiator in Bewegungen am Ort sein, nicht Mitmacher oder müdes Rennpferd, das ins Ziel getragen werden will ...

Ist sie denn letzteres?

Das muß jede Parteigruppe für sich selbst beantworten. Allgemein, für die Partei als Ganzes kann man das sicher nicht sagen. Wir geben eine Menge Impulse, wir haben attraktive Alternativen zur Bekämpfung der Krise auch in den Kommunen. Ich will nur deutlich machen, daß wir unsere Rolle nicht auf die Propaganda, auf das Erringen „geistiger Führerschaft“ beschränken dürfen, wenn wir mehr Einfluß, mehr Mitglieder, mehr reale Kampferfolge im Interesse der arbeitenden Menschen erzielen wollen.

Daß wir mit unserer Weltanschauung und Theorie die Welt prinzipiell erklären können — auch wenn wir aktuell nicht auf alle Fragen schon Antworten haben — und daß wir eine Gesellschaft ohne Krise, Krieg und Ausbeutung wollen, bewegt allein nicht viel. Unsere Träume, Ideen, Programme müssen vom Papier in die Köpfe kommen. Und das gelingt uns umso mehr, je

Unsere Rolle nicht auf die Propaganda beschränken

Teuflische Angst vor Politisierung*

„Der klassische CDU-Kommunalpolitiker, wie ich ihn kenne, ist ein angesehener Bürger in seiner Gemeinde, der es beruflich bereits zu etwas gebracht hat, der geschätzt wird von seinen Mitbürgern, der Urteilsvermögen hat . . .

Er hat einen Blick für das Machbare, er weiß, es kann nicht alles Wünschenswerte finanziert werden, und Politik ist nur in Schritten zu realisieren.

(Rückschritt ist schließlich auch ein Schritt! Der Sätzer)

Dieser klassische Kommunalpolitiker . . . der ist plötzlich konfrontiert in einer ganzen Reihe von Gemeinderäten . . . mit Leuten, die als Ideologen in die kommunalen Parlamente gewählt worden sind

...
Dieser neue Typ des Kommunalpolitikers schert sich nicht um die Gemeindeordnung, nicht um die verfassungsmäßig vorgeschriebenen Zuständigkeiten der verschiedenen politischen Bereiche. Dies führt dazu, daß unsere Leute, weil sie sich sachgerecht verhalten wollen, weil sie nicht im kommunalen Parlament über Raketenstationierung oder Außenpolitik diskutieren wollen, sich zurückhalten bis hin zum Schweigen. Dann entsteht in der Öffentlichkeit erst recht der Eindruck, daß die anderen in der Offensive seien und wir in der Defensive . . .

Ich halte das für eine ganz gefährliche Entwicklung.

(Ich nicht! Der Sätzer.)“

(Erwin Teufel, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg in „Kommunalpolitische Blätter“ 3/87, Seite 174)

*Wir empfehlen als zusätzliche Lektüre das Gedicht von Heinrich Heine „Erinnerung aus Krähwinkels Schreckentagen“)

mehr wir durch praktische Interessenvertretung Augen und Ohren der arbeitenden Menschen für unsere Ideen öffnen und ihr Vertrauen gewinnen.

Vertrauen wächst nur aus der Einheit aus klugem Wort und konsequenter Tat für die Interessen der arbeitenden Menschen in Deiner Umgebung, im Betrieb und im Wohngebiet.

Du hast vorhin gesagt: „Wir brauchen viel mehr kommunistische Persönlichkeiten, die das Vertrauen der Bevölkerung durch Taten, durch aktionsorientierte Interessenvertretung erwerben. Aber wie wird man so eine Persönlichkeit? Wie kriegt man raus, was die Probleme im Wohngebiet sind, die den Leuten auf den Nägeln brennen?“

Da fällt mir eine Karikatur von Stefan Siegert aus dem „Leitfaden für die Gruppenarbeit“ ein. Mitgliederversammlung: ein Genosse pennt, andere starren Löcher in die Luft und der Vorsitzende referiert zur ‚Lage im südlichen Eismeer‘. Warum referiert er nicht über Konflikte, Ereignisse, die in der Lokalzeitung standen, die in der Stadt, im Stadtteil die Gemüter bewegen?

Was ich damit sagen will: ohne Kenntnis und Information über den eigenen Stadtteil ist keine offensive, aktionsorientierte Interessenvertretung möglich.

Und ehrlich gesagt: **manchmal habe ich den Eindruck, daß wir noch zu viele Wohngebietsgruppen und Mitglieder haben, die wie Fremde im eigenen Stadtteil leben, fast wie Beobachter von einem anderen Stern . . ., jedenfalls nicht wie „Hiesige“.**

Was ist Deiner Meinung nach typisch für erfolgreiche kommunistische Kommunalpolitiker?

Ich will mal sagen, wo sich kommunistische Abgeordnete als Persön-

lichkeiten nicht von allen andren Parteimitgliedern unterscheiden dürfen: sie müssen die arbeitenden Menschen mögen, da wo sie wohnen; sie müssen sich ihnen und ihren Problemen gegenüber verpflichtet fühlen — auch wenn sie anderer politischer Meinung sind; sie müssen sich um die alltäglichen Probleme kümmern und ein positives Verhältnis zu dem Ort haben, in dem sie leben.

Im Unterschied zu bürgerlichen Abgeordneten kümmern wir uns nicht nur um arbeitende Menschen, weil wir ihre Stimme bei der Wahl wollen.

Aber das kann doch nicht das typische Profil eines kommunistischen Kommunalpolitikers ausmachen?

Das Typische ist, daß wir uns konsequent für die Interessen arbeitender Menschen in der Kommune einsetzen — im Rat und außerhalb. Wir werden gewählt, weil die Menschen uns Kompetenz zutrauen und glauben, daß wir im Rathaus nichts anderes machen, als wir vor der Wahl gesagt haben. Und daß wir für „Glasnost“, gläserne Rathäuser und frischen Wind sorgen, es „denen da oben“ zeigen.

Aber wir bleiben nicht dabei stehen. Schließlich wollen wir eine andere Bundesrepublik, eine Friedensrepublik, eine Republik, in der jeder Arbeit hat und das Großkapital nichts mehr zu melden. Darum müssen wir natürlich auch die Ursachen erklären, warum die Interessen aller arbeitenden Menschen und nichtmonopolistischen Schichten in diesem Staat eine so geringe Rolle spielen und wie wir uns die Zukunft vorstellen, welche Gesellschaftsordnung wir anstreben und wer der Gegner mit Namen und Hausnummer ist.

Bei anderen (nicht nur) Kommunalpolitikern erleben die Wähler

Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

*Wir, Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an alle Klassen
Der Bürgerschaft erlassen:*

*Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder
Gottlob sind selten Landeskinder.*

*Auch Gottesleugner sind es meist,
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.*

*Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud und Christ
Es schließe jeder sein Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.*

*Wo ihrer drei beisammenstehen,
Da soll man auseinandergelien.
Des Nachts soll niemand auf den Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.*

*Es liefre seine Waffen aus
Ein jeder in dem Goldenhaus;
Auch Munition von jeder Sorte
Wird deponiert am selben Orte.*

*Wer auf der Straße räsoniert,
Wird unverzüglich fusiliert;
Das Räsonieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart bestrafet werden.*

*Vertrauet Eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat,
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.*

(Heinrich Heine, 1853)

*Unser
„Markenzei-
chen“ als
Kommuni-
sten*

immer wieder: „Wir geben unsere Stimme ab und müssen dann sprachlos und ohne Einfluß zusehen, wie Politik gegen uns gemacht wird . . .“

Also, wer uns kennt, traut uns *das* nicht zu, obwohl dieses Mißtrauen gegenüber den bürgerlichen Parteien auch auf uns „abfärbt“ und wir uns große Mühe geben müssen, gerade die enttäuschten Nichtwähler zum Eingreifen zu ermutigen.

Darüber hinaus ist eins unserer Markenzeichen als Kommunisten, daß wir keine selbstherrliche „Stellvertreterpolitik“ hinter verschlossenen Türen machen. Wir legen unseren Wählern laufend Rechenschaft ab über unsere Ratstätigkeit, informieren sie und beziehen sie direkt in Aktionen ein.

Bei dieser Politik für und mit den Menschen spielt unsere Stadtzeitung „Roter Reporter“ eine enorm wichtige Rolle.

*Aber was macht z. B. eine Partei-
gruppe, die keinen Ansatzpunkt
sieht, „Politik mit ihren Mitmen-
schen“ zu machen oder die erst ganz
am Anfang ihrer kommunalpoliti-
schen Aktivitäten steht?*

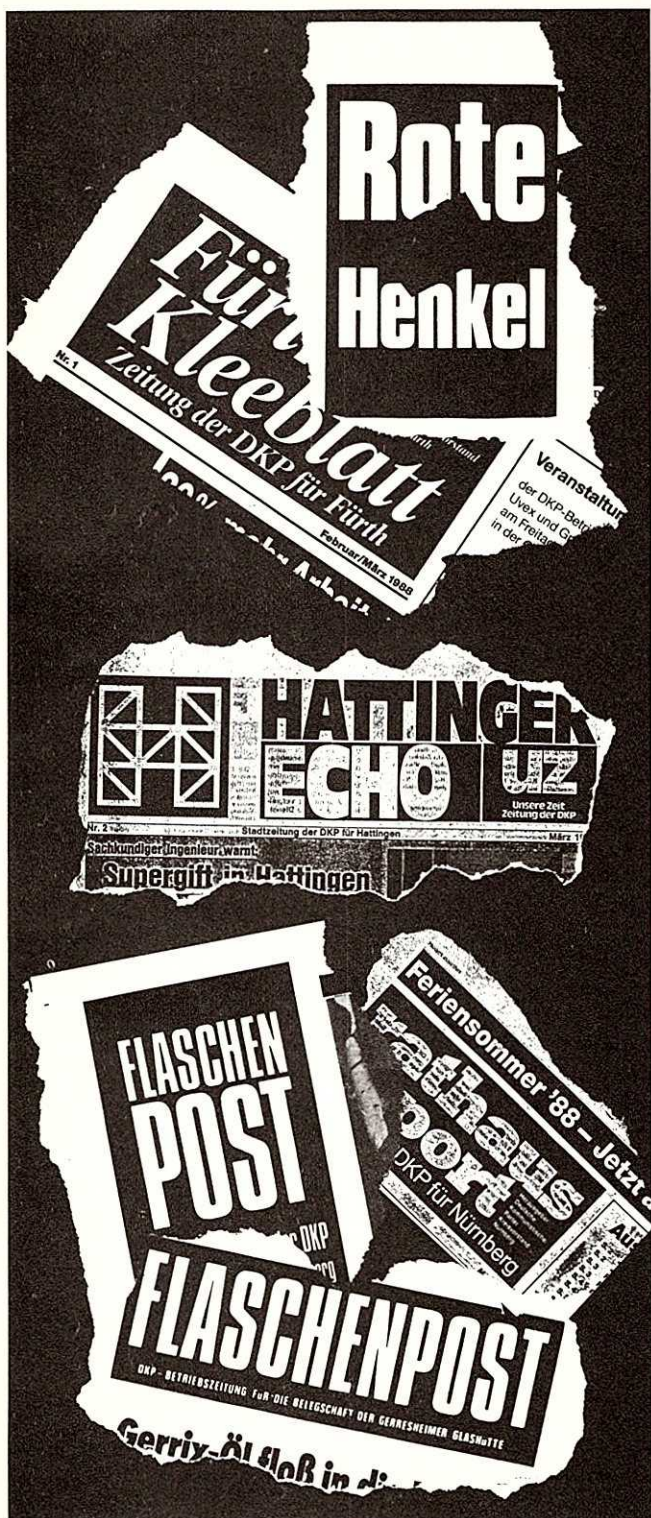
Genau genommen steht am Anfang „Stellvertreter“-Politik der Kommunisten im besten Sinne: Artikel in der Stadtteilzeitung, Aktionen der Parteigruppe, Bürgeranträge an den Rat oder die Bezirksversammlung, mit denen Kommunisten stellvertretend die Meinung arbeitender Menschen, z. B. zur Gesundheits- oder Steuerreform oder lokalen Ereignissen, zum Ausdruck bringen und ihre Politik, die Forderungen der DKP, bekanntmachen. Mit irgendwas müssen wir anfangen, wenn wir mehr Masseneinfluß gewinnen wollen. Und solche „Stellvertreter“-Politik brauchen wir viel mehr in der Partei! In allen Parteigruppen.



HILFSTADT



Bäcker und Fleis
solidarisch
mit Hüttenarbeit



Du hast vorhin den regelmäßigen UZ-Verkauf als einen Faktor Eures Erfolges erwähnt. Ich kann mir vorstellen, daß da manch ein Mitglied abwinkt, die Augen verdreht und denkt: „Noch so eine Floskel eines Parteifunktionärs.“

Eines unserer Hauptprobleme als Kommunisten in der Bundesrepublik ist ja, daß wir durch die Massenmedien von der Bevölkerung isoliert werden sollen. Das geschieht durch Totschweigen, aber auch durch Kampagnen, die den Menschen weismachen sollen, wir würden die Gewerkschaften oder die Friedensbewegung „unterwandern“, wir würden in einer „tiefen Krise“ stecken oder wären wegen Perestrojka „zerstritten“.

Diese Versuche, eine Mauer um uns zu errichten, uns ins innere Exil zu treiben, kannst Du nur durchbrechen, indem Du in der Öffentlichkeit präsent bist. Das ist die erste Bedingung für Erfolg. Die Mitbürger müssen uns sehen, müssen uns kennen. Jede Parteigruppe muß „zum Anfassen“ sein und kein anonymer Haufen, der in irgendwelchen Hinterzimmern tagt. Und da ist der UZ-Verkauf eins unserer bewährtesten Mittel. Wie anders soll jemand unverfälschte Informationen, Argumente von uns über Kommunisten bekommen?

UZ-Verkaufen ist gleichzeitig eine Antwort auf Deine vorherige Frage: Wie kriegt man raus, welche Probleme den Menschen im Wohngebiet unter den Nägeln brennen? Durch das Gespräch beim UZ-Verkauf. Wer nicht wie ein Zeuge Jehovas stumm an der Ecke steht oder sich hinterm Info-Tisch verschanzte, der kann im Gespräch sehr viel über kleine und große Probleme seiner Mitmenschen erfahren. Das muß man dann nicht über zehn Ecken erforschen oder großangelegte „Stadtteil-Analyse“ betreiben.

Ist es wirklich so, daß viele Wohngebietsgruppen zu wenig über Probleme, Vorgänge im Stadtteil wissen? Wenn ja, woran liegt das?

Manchmal ist es tatsächlich so, daß Genossen nicht mal wissen, wieviel sie selbst für die Müllabfuhr bezahlen müssen, oder wie hoch ihr Strompreis ist. Sie können unheimlich gut erklären, warum das so ist, daß die Preise steigen, was die Krise der Kommunen mit der Steuerreform zu tun hat usw., aber sie haben aufgehört, sich darüber zu ärgern, sich davon betroffen zu fühlen. Sie betrachten alles aus unserem Gebäude von Erklärungen, ohne die Wut im Bauch, die notwendig ist, diese Welt zu verändern, im Kleinen wie im Großen. Das ist — zugespitzt gesagt — eine spezielle Form von Sektierertum, die überwunden werden muß.

Und wie überwindet man solch eine distanzierte Beobachter-Position? In dem Moment, wo man sich einsetzt für bestimmte Interessen der Bürger, was u. U. ja auch die eigenen sind. Damit schafft man Identifikation mit dem Ort, wo man lebt und die besten Bedingungen für politische Arbeit. Die Kunst eines Gruppenvorstandes besteht darin, bei jedem Mitglied Interesse am Stadtteil zu wecken. „Ich will mich hier verankern!“ muß zur Grundhaltung jedes Mitglieds werden.

Wer im Betrieb sich nicht selber empört über Mißstände, Ungerechtigkeiten und sich nicht wehrt, der wird auch nie Vertrauensmann oder Betriebsrätin. Das wirst Du auch nicht durch große Erklärungen über die Mehrwert-Theorie, sondern indem du dich um das „Teewasser“ der Kollegen kümmerst.

Spielt diese „Teewasser“-Politik wirklich noch diese große Rolle? Sind nicht globale Fragen, Zukunftsmodelle wichtiger gewor-

Hier haben Mitglieder der DKP Ratsmandate

In rund 60 Städten und Gemeinden zwischen Flensburg und Bodensee nehmen Männer und Frauen aus der DKP auf unterschiedlichsten kommunalpolitischen Ebenen Mandate wahr, z.T. als DKP-Abgeordnete, z.T. als Vertreter von Bündnislisten. Sie treten ein für die Interessen der „kleinen Leute“, unterstützt von den Parteigruppen. Hier die Städte und Gemeinden, Stadt- und Ortsteile mit kommunistischen Abgeordneten:

Schleswig-Holstein

Barmstedt
Börnsen

Niedersachsen

Oldenburg
Rotenburg
Westoverledigen
Wremen
Weener
Lunestedt
Rämelslohe
Waener
Nordhorn
Nordenham

Nordrhein-Westfalen

Ahlen
Bottrop
Gladbeck
Hattingen
Oberhausen
Kamen
Steinhagen
Essen
Gelsenkirchen
Düsseldorf
Gevelsberg
Wülfrath
Erkrath

Hessen

Ahnatal
Dietzenbach
Gersfeld
Langenselbold
Marburg

Hessisch-Lichtenau
Neuberg
Hainburg
Reinheim
Oelshausen
Wächtersbach
Drasenberg-Schluchtern
Mainz-Kastel

Saar

Merzig-Brottdorf
Püttlingen
Sötern

Rheinland-Pfalz

Körborn
Oppenheim
Pfeffelbach
Steinbach
Obriegheim-Mühlheim

Baden-Württemberg

Heidenheim
Mannheim
Tübingen
Markgröningen
Waiblingen
Löffingen

Bayern

Nürnberg
Schwandorf
Ergoldsbach
Kösching
Lindau
Ottobeuren



den? Spielt nicht „geistige Meinungsführerschaft“ eine wichtigere Rolle?

Ihre Rolle ist unbestreitbar gewachsen. Ich habe das vorhin schon getont: Wir müssen die Einheit beachten. **Geistige Meinungsführerschaft ist nur auf der Basis praktizierter Interessenvertretungsarbeit zu erkämpfen.**

Es ist richtig, daß wir den Interessenbegriff nicht einengen dürfen. Wir müssen sehr genau beachten, daß die soziale Vielfalt, das Gesicht der Arbeiterklasse sich verändert und daß neben den Hauptinteressen Frieden, Arbeit, soziale Sicherheit andere Interessen z. B. nach sinnvoller Arbeit, Freizeit, gesunder Umwelt und Lebensweise an Bedeutung zugenommen haben.

Aber ich bleibe dabei:

Dort, wo wir in die Parlamente gekommen sind, zeigt sich ganz deutlich, daß die Wähler sich für uns entscheiden — weil wir ihre Empörung über Mißstände öffentlich zum Ausdruck bringen und nicht locker lassen, uns für ihre Interessen und für Veränderungen einzusetzen.

Und Empörung ist immer konkret — nicht allgemein über „das System“, sondern z. B. über die Verwaltung und ihren schlampigen Umgang mit der Müllabfuhr oder den Preis der Müllsäcke, den Zustand von Spielplätzen, die Unterversorgung eines Stadtteils mit Ärzten ...

Das gilt übrigens auch für die globalen Fragen. Die schweben ja nicht im luftleeren Raum über den Köpfen, sondern sie fangen vor der Haustür an. Sie stellen sich vor Ort in den Städten und Gemeinden: Militarisierung und Kriegsvorbereitung zeigt sich z. B. im kommunalen Bunkerbau, im Straßenbau, in Sprengschächten von Brücken ... für Verbrechen an Natur und Gesundheit findet man in fast jeder Stadt Beispiele und Verursacher ... und die Filiale einer Großbank, die für Ausbeutung, Hunger und Unterdrückung in der 3. Welt mitverantwortlich ist, findet man an fast jeder Straßenecke ...

Gut, nun gibt es aber Gruppen, die sehen durchaus die Fülle von Problemen, die ja wirklich auf der Straße liegen, aber sie sind ratlos,

wo sie anfangen sollen, auf welches Problem sie sich konzentrieren sollen...

Dieser Überblick, diese umfassende Kenntnis ist ja wichtig...

Aber wo packt man an?

Da gibt es keine Antwort, die für alle Wohngebietsgruppen gilt. Allgemeingültig ist nur, daß man erst gar nicht versuchen soll, alles anzupacken. Wichtig ist, es müssen **Schwerpunkte** gesetzt werden, **räumlich, inhaltlich und auf die Zielgruppe bezogen**. Und was wichtig ist: darüber muß Einigkeit herrschen, damit nicht jedes halbe Jahr von vorn diskutiert werden muß.

Wir haben in Wülfrath gesagt: ins Zentrum unserer Politik stellen wir die Lebensinteressen junger Arbeiterfamilien mit Kindern. Das schließt andere nicht aus, denn ältere Arbeiter wollen auch, daß es ihren Kindern und Enkeln gut geht. Und wenn wir für sichere Schulwege oder attraktive Spielplätze eingetreten sind, dann profitieren davon auch Kinder anderer Schichten.

Aber wir haben die Zielgruppe klar bestimmt und bei Problemen gefragt: Betrifft die das besonders? So eine Schwerpunktbildung heißt, daß man logischerweise auch Probleme liegen lassen muß. Es heißt aber nicht, daß man eine „Ein-Punkt-Politik“ macht.

Man muß dranbleiben an jedem Problem, das aufgegriffen wird. Das kann manchmal ganz schön viel Kraft binden. Aber in der Summe der Forderungen, die man aufstellt, und der Aktionen, die man macht, muß deutlich sein: alles dreht sich um die Interessen der Hauptzielgruppe.

Der Rest ist dann normales Handwerkszeug der Parteiarbeit, das man sich aneignen kann, wenn man UZ liest, das Kommunalpolitische Programm, die PRAXIS oder wenn man den Erfahrungsaus-

tausch mit anderen Gruppen auf Konferenzen nutzt.

Welches Handwerkzeug meinst Du besonders?

Daß wirklich jede Wohngebietsgruppe ihre eigene Stadtteilzeitung herausgibt und verteilt;

— daß man in den Wohngebietszeitungen regelmäßig berichtet, informiert... über Reaktionen der Verwaltung auf Forderungen und Aktionen;

— daß man immer wieder das Gespräch sucht, bei Unterschriftensammlungen, beim Überreichen der Wohngebietszeitung, am Info-Tisch...

Sag mal ehrlich: Ist die Erfolgsaussicht, die Chance, in den Rat zu kommen, für Dich der wesentliche Motor gewesen, Dich stärker in der Stadt, in der Kommunalpolitik zu engagieren?

Das hat unser aller Kräfte in Wülfrath durchaus beflügelt. Aber der entscheidende Motor war das für niemanden.

Für mich als Kommunist ist der konsequente Einsatz für die Interessen der kleinen Leute ein Grundanliegen. Selbst wenn es keine Kommunalwahlen gäbe... Kommunisten setzen sich überall auch unter den schlimmsten Bedingungen — Faschismus, Illegalität — für Lebensinteressen der arbeitenden Menschen ein. Das ist doch unser Markenzeichen!

Darum muß jede Parteigruppe selbst dort, wo wir keine aktuelle Chance haben, in den Rat oder die Bezirksvertretung gewählt zu werden, aktiv Kommunalpolitik machen und darüber hinaus selbstverständlich in der eigenen Gruppe immer dafür kämpfen, daß die Arbeit in den kommunalen Wahlschwerpunkten unterstützt wird. Einen anderen, einfacheren Weg zu mehr Massenverankerung kenne ich nicht.

*Die Chance,
in den Rat
zu kommen*

These 30: Neue Momente in der Kommunalpolitik

Als Folge der Krise und der Bonner Politik der „Wende nach rechts“ verschärfen sich die kommunalen Konflikte.

Massenarbeitslosigkeit und steigende Sozialhilfelasten schränken die kommunalen Möglichkeiten erheblich ein. Aus einzelnen Krisenfeldern hat sich eine Krise der Kommunalpolitik entwickelt, die fast alle Seiten des Reproduktionsprozesses erfaßt. Sie zeigt sich im Abbau sozialer und schulischer Einrichtungen, in teilweise unerträglich werdenden Wohn-, Wohnumfeld- und Freizeitbedingungen, in der Rückgängigmachung kultureller Aktivitäten und bürgerschaftlicher Vorhaben. Sie wird sichtbar im Stellenabbau und in der Privatisierung im öffentlichen Dienst, in Bau- und Umweltskandalen, aber auch in Aktionen gegen Betriebsschließungen, Kernkraftwerke, hochgiftige Deponien und militärischen Großanlagenbau.

In allen diesen Fragen nimmt das Engagement der Bürger zu, entstehen vielfach breite Widerstandsaktionen der Bürger. Sie finden mehr Unterstützung von Ratsvertretern, die sich nicht als Dulder oder Vollstrecker des Rechtskurses in den Kommunen erniedrigen lassen wollen. Es entwickeln sich Bewegungen, die nach demokratischen Auswegen aus der Krise suchen.

Auf der kommunalen Ebene erleben die Bürger die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems hautnah, konkret und in überschaubarer Größe. Die systembedingten Ursachen sind leichter zu erkennen. Das alles führt zu einer Politisierung der kommunalen Auseinandersetzungen. Sie wird auch daran erkennbar, daß internationale Probleme zum Gegenstand von Kommunalpolitik werden: Städte erklären sich zu atomwaffenfreien Zonen, knüpfen Partnerschaftsbeziehungen zu Städten sozialistischer und anti-imperialistischer Staaten, unterstützen Streikämpfe in anderen Ländern — wie beim englischen Bergarbeiterstreik. Kommunalpolitik ist somit zu einem wichtigen Feld der Formierung von Kräften gegen die Bonner Wenderegierung geworden. Mit dem Einzug vieler Abgeordneter der grün-alternativen Strömung in Kommunalparlamente haben sich die Wirkungsmöglichkeiten für demokratische und linke Kommunalpolitik verbessert. In die gleiche Richtung wirken die neuen Momente in der SPD-Politik. Es ent

stehen zusätzliche Zugänge für unsere Aktionseinheits- und Bündnispolitik.

Die DKP hat durch die Aktivität ihrer Wohngebietsgruppen und durch das Wirken ihrer Abgeordneten einen großen Erfahrungsschatz in der Umsetzung von Arbeiterpolitik auf kommunaler Ebene gesammelt. Durch die Entwicklung von außerparlamentarischen Initiativen hat sie zur Wahrnehmung sozialer und demokratischer Bürgerinteressen und zur Entwicklung von Alternativen zur Wendepolitik beigetragen. Teile der Arbeiterklasse können schon seit geraumer Zeit nicht mehr durch die etablierten Parteien mobilisiert werden. Viele Nichtwähler gerade in der Arbeiterklasse und der Arbeiterjugend sind dafür Anzeichen. Die Erfahrung zeigt, daß es möglich ist, Teile dieser Nichtwähler bei Kommunalwahlen auf die DKP zu orientieren.

Auch die Möglichkeiten, zu linken und demokratischen Wahlbündnissen zu kommen, sind auf der kommunalen Ebene vergleichsweise günstig. Die beteiligten Kräfte kennen sich häufig persönlich aus außerparlamentarischen Aktivitäten, aus Bürgerinitiativen, Vereinen und der Gewerkschaftsarbeit. Viele Engagierte stellen die Frage, warum die Zusammenarbeit, die in den Bewegungen, in Betrieben und Stadtteilen möglich ist, nicht auch in Parlamenten verwirklicht werden kann. Einigen demokratischen Wahlbündnissen, in denen Mitglieder der DKP mitwirken, ist es inzwischen gelungen, in Stadt- bzw. Gemeindeparlamente einzuziehen. Die dort gemachten Erfahrungen zeigen, daß diese Bündnisse so erfolgreich arbeiten und eine längerfristige Perspektive haben können.

In enger Wechselwirkung mit der betrieblichen Interessenvertretung ist arbeiterorientierte Kommunalpolitik ein wesentliches Wirkungsfeld unserer Partei. Gerade auf kommunaler Ebene gilt es, durch aktives außerparlamentarisches Handeln und eine damit verbundene Wahlpolitik kommunistische Persönlichkeiten zu profilieren, um die Entwicklung eines größeren Arbeiterwählerpotentials, um parlamentarische Positionen, um die Stärkung des Einflusses der Partei und um die Gewinnung neuer Mitglieder zu ringen.

Der besondere Platz von Kommunalwahlen

„Für den Einzug kommunistischer Abgeordneter in die Parlamente kommt den Kommunalwahlen ein besonderer Platz zu.

In den überschaubaren Räumen der Städte und Gemeinden entwickeln sich durch die aktive Arbeit von Mitgliedern unserer Partei in Betrieben und Gewerkschaften, in Vereinen und Bewegungen am ehesten kommunistische Persönlichkeiten, die bei Kollegen und Nachbarn bekannt und geachtet sind.

Hier haben die Grundorganisationen der DKP ihr unmittelbares Wirkungsfeld. Hier erscheint die Fünf-Prozent-Hürde unseren möglichen Wählern eher überwindbar, in drei Bundesländern existiert eine solche Sperrklausel überhaupt nicht. Auf kommunaler Ebene gibt es somit günstigere Bedingungen, ein Wählerpotential für die DKP zu gewinnen.

Zugleich sind hier die Voraussetzungen für demokratische Wahlbündnisse vergleichsweise günstig.

Die dafür zu gewinnenden Kräfte kennen sich häufig persönlich aus Betrieben und Gewerkschaften, aus Vereinen und Initiativen. Vorbehalte werden in gemeinsamer außerparlamentarischer Arbeit abgebaut. Die Entwicklung und Festigung eines Stammwählerpotentials bei Kommunalwahlen ist zugleich ein wichtiger Beitrag dazu, Voraussetzungen für Erfolge auch bei überregionalen Wahlen zu schaffen. . . . Um bei Kommunalwahlen voranzukommen, müssen die besten Erfahrungen von Eigenkandidaturen wie von Wahlbündniskandidaturen überall in der Partei verallgemeinert werden. Die Zahl der kommunalen Schwerpunkte ist auszubauen.“

Aus der Entschließung der 6. PV-Tagung der DKP zur Wahlpolitik, April 1987.



2. Das zweite Standbein

Kommunalpolitik kann für Kommunisten keine Angelegenheit von ein paar „auserwählten“ Ratsfraktionen oder „spezialisierten“ Schwerpunktkreisen bleiben. Konsequente und konkrete Interessenvertretung „zwischen Werkstor und Wohnungstür“ muß gleich nach der politischen Arbeit in Großbetrieben das 2. Standbein der Arbeiterpolitik in der gesamte Partei werden. Warum — das wollen wir in einigen zugespitzten Thesen zur Diskussion stellen.



*UZ-Verkauf
im Stadtteil -
ein Schritt
zur Veranke-
rung*

Foto: Scholz

1. Ganz grundlegend begründet

Kapitalismus und seine Profitmacherei finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern räumlich betrachtet in Betrieben und Verwaltungen, Städten und Gemeinden. Vor allem in den Städten und Gemeinden werden die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ideologischen Bedingungen zur Aufrechterhaltung und Erweiterung des kapitalistischen Verwertungsprozesses reproduziert.

Die Kommunen sichern einen Großteil der sogenannten Infrastruktur.

Für die Betriebe: Verkehrsanschlüsse, Energieversorgung, Entsorgung, Ansiedlungsflächen, Arbeitskräfte usw.

Für die „Ware Arbeitskraft“: Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Freizeit-/Kulturangebote, sonstige Dienstleistungen . . . , die als Existenzgrundlage für Arbeitskräfte notwendig sind.

Alles, was auf kommunaler Ebene geschieht, ist folglich eingebettet in den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Auf dieser untersten Ebene des staatlichen Aufbaus lastet der ganze Druck der kapitalistischen Krise.

Neben dem Kampf um mehr Lohn, Arbeitszeitverkürzung, humane Arbeitsbedingungen in den Betrieben — im Bereich der Produktion, Verteilung, Dienstleistung — ist es ein grundlegendes Anliegen der Arbeiterklasse insgesamt, bestmögliche Lebensbedingungen zu sichern und sie ständig zu verbessern.

Das erfordert auch ein starkes Engagement der gesamten Arbeiterbewegung in der Kommunalpolitik.

*Der Druck
der Krise*

Gewerkschaften fordern: „Kommunalpolitik für Arbeitnehmer“

Auch in den Gewerkschaften setzt sich die Erkenntnis durch, daß Interessenvertretung für arbeitende Menschen stärker auch auf kommunaler Ebene stattfinden muß.

So fordert die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies im Reformprogramm ihrer Gewerkschaft für das Gemeindefinanzsystem, daß auf kommunaler Ebene der Hauptansatzpunkt einer gewerkschaftlichen Offensive für qualitatives Wachstum, Arbeitsplätze, Umweltschutz, öffentliche Infrastruktur und die Versorgung aller Bürger mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen liegen müsse.

Und der DGB-Landesbezirksvorsitzende in NRW, Dieter Mahlberg, forderte Ende letzten Jahres auf dem Kongreß „Kommunalpolitik für Arbeitnehmer“ in Hagen, den er „als Signal gegen den Zeitgeist des Rückzugs der staatlichen Verantwortung für die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer“ verstanden wissen wollte:

„Das zentrale Aktionsfeld der Gewerkschaften ist der Betrieb, die Verwaltung, sind die Arbeitsbedingungen von Millionen Arbeitnehmern . . . Gleichzeitig aber gilt unser Anspruch, Arbeitnehmerinteressen auch außerhalb des Betriebes allumfassend zu vertreten. In diesem Sinne müssen wir unseren Blick schärfen für die zunehmende Einschränkung von Lebensqualität dort, wo Arbeitnehmer wohnen und leben, wo sie unmittelbar betroffen sind . . .

Ich meine . . ., daß es an der Zeit ist, eine Kommunalpolitik für Arbeitnehmer zu formulieren. . . (Die) gesamtgesellschaftliche Negativbilanz verliert vor Ort ihren abstrakten Charakter. Hier werden die Folgen von den Menschen hautnah erlebt . . .

Wir rufen auf zu neuer demokratischer Kreativität auf der kommunalen Ebene! . . . Die Kommunen müssen mehr politisches Selbstbewußtsein entwickeln. Sie müssen Gegenmacht für eine Bonner Politik sein, die am Sonntag die kommunale Bedeutung beschwört und am Montag die Kommunen mit ihren sozialen Problemen allein läßt.“

2. Ganz pragmatisch begründet

70 Prozent und mehr der DKP-Parteilgruppen sind Wohngebietsgruppen, d. h. die übergroße Mehrheit unserer Mitglieder ist *nicht* in Betrieben organisiert.

Der Weg zu einer stärkeren Verankerung in der Arbeiterklasse muß also neben der Betriebsarbeit über die Wohngebietsgruppen führen.

In ihnen stecken die größten Aktionspotentiale, die größten Reserven.

Die Wohngebietsgruppen müssen ihrer Verantwortung für die Stärkung des Masseneinflusses der Partei, für die Nutzung der vielfältigen Zugänge zu Arbeitern und Angestellten mehr gerecht werden:*

— durch Hilfe und Unterstützung für die Genossinnen und Genossen aus Wohngebietsgruppen, die als betriebliche oder gewerkschaftliche Interessenvertreter von ihren Kolleginnen und Kollegen gewählt wurden;

— durch stärkere Zusammenarbeit mit Betriebsgruppen

— durch Gründung von Betriebsaktivs als Grundlage für Betriebsgruppen-Gründungen

— durch Hilfe bei der Gründung von SDAJ-Betriebsgruppen und auf breiter Front

— durch stärkere, aktionsorientierte Vertretung von Arbeiterinteressen auf dem Feld der Kommunalpolitik, Mitarbeit in Vereinen und anderen Massenorganisationen am Ort.

*siehe dazu auch die **Schlußfolgerungen der 8. PV-Tagung 1987**, die auch — mit allen Diskussionsbeiträgen — als Buch in der Edition **Marxistische Blätter** erschienen ist.

„Arbeiterpolitik heute — Klasse, Krisen, Kämpfe“
Düsseldorf 1988, 232 Seiten, 14,80 DM

Neue Chancen

„Die Widersprüche, die durch das brutale Bonner Krisenmanagement im Interesse des Großkapitals hervorgerufen werden, zerren nicht nur an den Nerven bürgerlicher Kommunalpolitik. Es untergräbt mehr noch ihr Selbstverständnis vom ‚ehrlichen Makler‘ der Bürgerinteressen. Letztlich legt diese Bonner Strategie die Axt auch an bürgerliche Kommunalpolitik. Hier wachsen objektive Bündnismöglichkeiten . . .

Objektiv wächst die Ahnung vom Klassenzusammenhang in der Politik der Bundesregierung gegenüber den Kommunen, und wir müssen diese Chancen nutzen zur Entwicklung präziseren antimonopolistischen Bewußtseins in der Kommunalpolitik.

Entscheidend aber wird die gemeinsame Aktion der betroffenen Menschen sein, in der wir mit den betroffenen Bürgern auch mit verschiedenen politischen Gruppierungen an einem Strang ziehen.“



Rolf Priemer, Mitglied des Präsidiums und Sekretariats des DKP-Parteivorstandes in der UZ vom 7.4.1988

Foto: Knappe

Nur so kann Massenverankerung an sich als konkrete Verankerung für sich unter Nachbarn, Freunden, Mitbürgern Realität werden.

3. Strategisch begründet:

Als strategische Aufgabe haben wir uns mit unserem Parteiprogramm und den Thesen des Hamburger Parteitages gestellt: die Wende nach rechts zu stoppen, eine neue Politik für Frieden, Arbeit, Umwelt durchzusetzen, eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt herbeizuführen und über eine antimonopolistische Demokratie den Weg zum Sozialismus zu öffnen.

Hierbei müssen wir neue Momente stärker berücksichtigen, denn die Widersprüche, die durch das brutale Bonner Krisenmanagement im Interesse des Großkapitals hervorgerufen und verschärft werden

(siehe Kapitel 3), schaffen **objektiv größere Chancen, vor Ort in der Kommunalpolitik präziseres antimonopolistisches Bewußtsein und reale Bündnisse zu schaffen.** Dazu ist es erforderlich, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung, insbesondere die Kommunisten

— ihre Aktionstätigkeit und den außerparlamentarischen Kampf im Stadtteil verstärken;

— Fortschritte in der Aktionseinheit im Stadtteil machen, d. h. konkret für SPD und DKP: stärker zu kooperieren und gleichsam durch stärkere, mobilisierende Mitarbeit in Bündnissen Einfluß auf Kommunalpolitik zu nehmen (siehe auch nebenstehenden Kasten).

Anders sind neue Chancen nicht zu Realitäten zu machen.

Soweit drei wesentliche Begründungen dafür, daß die politische Arbeit im Wohngebiet für die Partei als Ganzes von so zentraler Bedeutung ist.

*Land-
verbrauch für
militärische
Zwecke*

Als zusätzliche Begründung wollen wir im Folgenden den Stellenwert kommunaler Aktivität für die beiden zentralen Politik-Bereiche — ebenfalls thesenartig — beleuchten.

Frieden und Abrüstung

Ein besonders ausgeprägter Grundzug des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik ist die Einbindung der Kommunalpolitik in die aggressive Hochrüstungspolitik.

Nicht genug, daß die Kommunen über den Weg der Umverteilung von Steuergeldern am meisten für die Rüstung „bluten“ müssen. Die Last der Militarisierung drückt auch auf anderen Wegen ganz unmittelbar.

*In keinem Land der NATO sind mehr Kasernen und Übungsgelände auf so engem Raum wie in der Bundesrepublik. Neben der Bundeswehr mit fast 500 000 Soldaten sind weitere 400 000 Soldaten aus NATO-Armeen in unserem Land stationiert.

*So beläuft sich der Landverbrauch für militärische Zwecke in der Bundesrepublik auf die doppelte Fläche des Saarlandes und ist damit fast dreimal so groß wie sämtliche unter Naturschutz stehenden Flächen unseres Landes. Entsprechend hoch ist der Steuerausfall für die Städte und Gemeinden, die wegen des Vorrangs militärischer Nutzung diese Flächen nicht sozial sinnvoll nutzen können, als landwirtschaftliche Fläche, Baugelände oder Naherholungsgebiete zum Beispiel.

*Entsprechend hoch ist die Belastung der Kommunen, die Belästigung und Gefährdung der Bevölkerung — nicht nur in Manöverzei-

ten — z. B. durch Lagerung atomarer, konventioneller oder chemischer Kampfstoffe, (Flug)Lärm, Verkehrsbehinderung, Unfälle etc. Die Anwohner der 188 US-Truppen- und 550 Bundeswehr-Standorte wissen ein Lied davon zu singen.

*Die schleichende Militarisierung in den Städten und Gemeinden hat Ausmaße angenommen, die sich der Uneingeweihte kaum vorstellen kann. Sie reichen von der Lagerung von Papiersärgen, von Roben für künftige Kriegsrichter, Vorratshaltung von Beruhigungsmitteln für „Panik-Patienten“ im Kriegsfall bis zu Gestellungsbefehlen für Kraftwagen, Büchereien für Wehrstrafgerichte, die zwar keinen Kommentar zum Grundgesetz, dafür aber russische, polnische und tschechoslowakische Wörterbücher enthalten.

Die Einbeziehung der Verkehrsplanung in militärisches Kalkül gehört ebenso zur Einbeziehung der Kommunen in Kriegsvorbereitungen wie die jüngst von der UZ enthaltene Forcierung des Atombunkerbaus, die psychologische Manipulation von Kindern und Jugendlichen durch Jugendoffiziersbesuche in Schulen, Katastrophenschutzübungen, Geisterkrankenhäuser . . .

Dabei haben Militärs und Politiker nicht nur die materielle Vorbereitung im Visier, sondern den „Verteidigungswillen der Bürger“, sprich: die Bürger sollen psychologisch breitgeklopft werden, um den gefährlichen Rüstungskurs widerstandslos mitzutragen.

*All das hat wenig mit „nationaler Verteidigung“ (gegen wen auch immer) zu tun, sondern mit Unterordnung selbst der Kommunalpolitik unter die NATO-Hochrüstung- und Aggressionspolitik. Im Zuge dieser Politik werden die von bundesdeutschen Bürgern hart erar-

beiteten Güter und Gelder maßgeblich zugunsten der Interessen des US-Imperialismus verpulvert.

*In der Bundesrepublik, in ihren Städten und Gemeinden, wird die militärische Infrastruktur für die US-Erstschlagkapazität in allen Bereichen ausgebaut. Dazu zählt auch die Schaffung einer — neben und über der politischen Entscheidungsebene stehenden — zweiten Kommandostruktur.

Was noch nicht mit der Notstandsgesetzgebung geschaffen wurde, soll durch das sogenannte „Zivilschutzgesetz“ und eine Vielzahl von zentral erstellten Verwaltungsvorschriften, z. B. zur „Organisation kreisfreier Städte im Verteidigungsfall“, durchgesetzt werden: Weiterer Abbau von Demokratie und Entscheidungsfreiheit der Kommunen, damit die Kriegsmaschinerie „im Ernstfall“ reibungslos funktioniert.

Warum all diese Fakten?

Um zu verdeutlichen, wie eng die Verflechtung von Hochrüstung und Kommunalpolitik ist und wie zahlreich die **Zugänge zu Friedenspolitik vor Ort sind, zu einer Friedenspolitik, in der Friedens-, Umwelt- und elementare soziale Interessen vor allem der arbeitenden Menschen organisch miteinander verbunden sind.** Noch einmal: Der geeignetste Ort dieser Auseinandersetzung sind die betroffenen Wohngebiete, Städte und Gemeinden, die nicht verkürzt nur als Mobilisierungsfeld für überregionale Großaktionen der Friedensbewegung mißverstanden werden dürfen.

Arbeitslosigkeit/ soziale Armut

Aus dem Bereich der Arbeitslosigkeit und wachsenden sozialen Armut soll hier nur ein Aspekt hervorgehoben werden.

Massenarbeitslosigkeit ist **millionenfache Arbeitslosigkeit von Individuen**, ist persönliche Betroffenheit von Arbeitern, Angestellten, ihren Frauen, Kindern, — ja sogar ihren Eltern und Großeltern, die mitleiden und auch zur sozialen Unterstützung herangezogen werden.

Dieser größer werdende Teil der Klasse hat Name, Adresse, Hausnummer — in der Nachbarschaft von Kommunisten!

Es entspricht dem humanistischen Anliegen der Kommunisten, ihrer Grundhaltung und Klassenolidarität, nicht nur politische Forderungen zur Beseitigung dieses Krebsgeschwürs des Kapitalismus auf ihre rote Fahne zu schreiben, sondern den Betroffenen direkt zu helfen, sie nicht in Scham, Sorgen und Zukunftsangst auf der „Wende(l)terre“ in die Armut“ sich selbst zu überlassen.

Komme niemand mit dem Einwand: „Wir sind doch keine Sozialarbeiter!“ oder „Was die Leute brauchen, sind Arbeitsplätze — und die haben wir auch nicht!“ oder „Das allein verändert doch nichts!“ Stimmt alles und ist trotzdem falsch.

Denn **erstens** fordert niemand von Kommunisten, bei „Einzelfall-Hilfe“ stehen zu bleiben. Im Gegenteil: parallel dazu **muß in stärkerem Maße die Industrie-, Standort-, Arbeitsplatz-, Qualifikations- und Zukunftspolitik zum Kernfeld kommunistischer Kommunalpolitik werden.** Arbeitslosigkeit und neue Armut in den Kommunen müssen ganz eng und mit aller Deutlichkeit in den Zusammenhang mit dem Kampf um die Zukunft von Regionen und Kommunen, mit der Entwicklung zukunftsfähiger, auf die Regionen zugeschnittener Reform- und Aktionsprogramme gestellt werden. **Zweitens** gibt es auf dem Gebiet der

*Den
Betroffenen
selbst
helfen*

*neue
Armut in
den
Kommunen*

Lebens- hilfe orga- nisieren

„Bürger- telefon“

„Lebenshilfe“ **tausendfach reale Chancen, Erfolge im Interesse der Betroffenen zu organisieren**, — wenn man bedenkt, daß ein Großteil seine Rechte kaum kennt und nutzt, daß viele im Dschungel der Ämter, Paragraphen und Formulare hängenbleiben usw.

Drittens gibt es in jeder Parteigruppe genügend selbstbewußte, erfahrene Kommunistinnen und Kommunisten, die dabei helfen können, soziale Grundinteressen im Einzelfall vor Behördenschreibtischen durchzusetzen. (Manchmal wirkt allein die Anwesenheit, das DKP-Mitglied „im Schlepptau“ des Betroffenen, Wunder oder zumindest korrekte Behandlung.)

Viertens gibt es in vielen Parteigruppen Mitglieder „mit Spezialkenntnissen“, die ihre berufliche Qualifikation auch in die politische Arbeit im Wohngebiet, außerhalb ihres Arbeitsplatzes im Interesse arbeitender, arbeitsloser Menschen **und** der Partearbeit einbringen können.

Gemeint sind z. B. **Lehrer**, die im Stadtteil „Förderunterricht für Kinder aus Arbeiter- bzw. Arbeitslosenfamilien“ geben;

Rechtsanwälte, Sozialarbeiter und -pädagogen, die am „Bürgertelefon“, in der „Beratungsstunde im DKP-Büro“ oder in Sozialinitiativen wie der „Solidarischen Hilfe“ durch den Behördenschengel helfen, oder z. B. über Spielnachmittage die Gründung von Pioniergruppen unterstützen;

— **Ärzte**, die Arbeitslose und ihre Familien in Gesundheitsfragen beraten und helfen, die mit ihrem Ansehen als Mediziner die DKP-Stimme gegen unzumutbare Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen erheben . . .

— **Wissenschaftler und Künstler**, die u. a. im Rahmen marxistischer Arbeiterbildung oder andere Kulturveranstaltungen ihr Wissen, ihr Talent und Können für die kulturel

le Bereicherung des Lebens in den Wohngebieten einsetzen können. Der KPD in der Weimarer Republik hat u. a. dieses konkrete Engagement von Intellektuellen sehr viel Ansehen, Anerkennung und Einfluß in der Arbeiterklasse gebracht. „Aus der Geschichte lernen“, heißt u. a., diese Erfahrung heute nutzbar zu machen.

Nicht zuletzt seien hier unsere Betriebsgruppen im öffentlichen Dienst genannt, die durch engere Verzahnung, engere Zusammenarbeit mit Wohngebietsgruppen, viel Erfahrung und Sachkenntnis in Kommunalpolitik einbringen können. So kann in der gemeinsamen Aktion mehr Kraft entfaltet werden.

Fünftens verändert all das sehr viel: unser konkretes Verhältnis zur Arbeiterklasse und ihr Verhältnis zu uns. Es verändert die Betroffenen, wenn wir ihnen konkret helfen, sie ermutigen, für ihre Rechte selbst einzutreten, wenn wir nie nachlassen, die wirklich Schuldigen an Arbeitslosigkeit und Not beim Namen zu nennen.

All das macht deutlich, warum Kommunalpolitik das 2. Standbein unserer Arbeiterpolitik werden muß, warum Wohngebiet, Stadt und Gemeinde für das Wirken von Kommunisten so wichtig ist:

- als Feld des Friedenskampfes
- als Feld des Kampfes um soziale, materielle Arbeiterinteressen
- als Erfahrungsfeld sich zuspitzender Klassenwidersprüche und damit wichtige Basis zu Entwicklung von Klassenbewußtsein
- als Ausgangspunkt für die Veränderung des Kräfteverhältnisses und Formierungsbasis für antimonopolistische Bündnisse, soziale Bewegungen
- als Ort, wo unser Masseneinfluß abrechenbar ist und vergrößert werden muß.

Broschüren für die Praxis

(eine Auswahl)

Arbeiterpolitik im Stadtteil

Kampf um Arbeitsplätze in den Kommunen

Frauenarbeit und Frauenförderung in Betrieb und Verwaltung

Für eine demokratische Kommunalpolitik — Vorschläge der DKP

Kommunisten und neue Technologien, Stellungnahme zur Technologiepolitik

Für eine demokratische Medienpolitik, Vorstellungen der DKP

Für eine demokratische und soziale Wohnungspolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung — Vorschläge der DKP

Für ein demokratisches und soziales Gesundheitswesen — Vorschläge der DKP

Für wirksamen Umweltschutz — Vorschläge der DKP

Energiepolitische Vorstellungen der DKP

Für eine demokratische Sportpolitik (Entwurf)

Vorschläge der DKP für eine soziale Verkehrspolitik

Sozialpolitische Vorschläge der DKP

Für eine demokratische Frauenpolitik — Grundsätze und Forderungen der DKP

Forderungen der DKP für Handwerker und Gewerbetreibende

Kommunalwahlen '84, Friedhelm Kröll, Eine exemplarisch wahlpolitische Studie, Hrsg. Marx-Engels-Stiftung

Bereicherung der Reichen oder demokratische und soziale Steuerreform, Steuerpolitik der Wenderegierung und Alternativen der DKP

Diese und andere Broschüren sind in den DKP-Kreisbüros, bei den Parteibezirken oder beim Parteivorstand erhältlich.

Ein Tip: Wenn es Fragen zu einem speziellen Thema gibt: einfach anrufen und nachfragen!

Die Mitarbeiter der Abteilungen — in diesem Fall der kommunalpolitischen — helfen gern weiter, denn dafür sind sie da.



3. Kommunen im Visier des Großkapitals

„Die Bürger der Gemeinde prägen das Bild ihres Heimatortes, formen es nach ihren Vorstellungen und bestimmen den Geist des Gemeinwesens.

Umgekehrt formt aber auch die Gemeinde ihre Bürger und verbindet sie zu einer Schicksalsgemeinschaft. Die Gemeinden sind berufen, das Wohl ihrer Einwohner zu fördern“

Früher entschied der Landesfürst oder ein vom Staat eingesetzter Beamter alle Gemeindefragen. Heute heißt es im Grundgesetz Artikel 28 Absatz 2: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu lösen.“ Das bedeutet, daß die Gemeindebürger selbst bestimmen dürfen, was in der Gemeinde geschehen soll. dieses wichtige Recht der Gemeinden wird als Selbstverwaltungsrecht bezeichnet . . .“

Der Text stammt aus einem Gemeinschaftskunde-Buch für Berufsschulen. So oder ähnlich wird auch heute noch Generationen junger Menschen eingeblut, was Kommunalpolitik ist. Mit dem Leben hat das nichts zu tun, eher mit ideologischer Verschleierung der Wirklichkeit.

Das gleiche gilt für Reden von Bürgermeister und Gemeindevertretern, in denen das Rathaus als „Spiegelbild der Gemeinde“, „im Dienste der Bürger“, als „Symbol kommunaler Selbstverwaltung“, als „Sinnbild gemeindlicher Eigenverantwortung“ oder mit anderen noblen Worten gepriesen wird, wie es der WEKA-Fachverlag für Verwaltung und Industrie in seinem Rhetorikhandbuch (mit Musterreden) z. B. für eine Rathaus-Einweihungsrede empfiehlt.

Von „kommunaler Selbstverwaltung“ kann heute immer weniger die Rede sein. Mit der Wende in Bonn und der Vorarbeit der SPD ist Kommunalpolitik seit Mitte der 70er Jahre stärkerer Teil der Gesamtpolitik des Monopolkapitals geworden. Die Kommunen sind fest im Visier des Großkapitals, Kommunalpolitik ist in größerem Umfang die „Fortsetzung Bonner Wende-Politik (mit ande-

Rheinhausen

Einsichten eines SPD-Oberbürgermeisters

Josef Krings:



„Es bleibt ein Gefühl der Ohnmacht, wenn man erlebt, wie wesentliche Teile unserer Politik fremdbestimmt werden durch Menschen, die nicht demokratisch gewählt worden sind.“ (UZ 8.12.87)

„Mich fragen Arbeiter ernsthaft, welchen Einfluß Politiker in diesem Staat noch haben, wenn Unternehmer tun können, was sie wollen.“

Das sei die „alte Stamokap-Philosophie, von Arbeitern umgesetzt“. Was in Rheinhausen ablaufe, sei „staatspolitisch eine heikle Geschichte“. (UZ 11.4.88)

ren Mitteln)“. Die Kommunen werden – unter eklatantem Bruch des Grundgesetzes – für zentralstaatliche Ziele und Aufgaben in ihrer Handlungsfreiheit bürokratisch eingegrenzt und finanzpolitisch geknebelt und trockengelegt.

Wie das konkret geschieht, welchen Stellenwert die Kommunalpolitik in der Krisenstrategie des Großkapitals hat, soll im Folgenden etwas näher beleuchtet werden.

1.) „Monopoly Kommunale“ – so konnte man das Verhältnis des Großkapitals zur Kommunalpolitik schon immer kennzeichnen. Durch direkte Einflußnahme vor Ort versuchten Großkonzerne seit je her die Kommunen als „Selbstbedienungsläden“ bzw. als „Hinterhöfe“ für ihre Interessen zu beanspruchen. Beispiele und Methoden gibt es viele:

Das Beispiel Hoesch/Dortmund

„Undank ist der Welt Lohn . . .“

muß Dortmunds OB Günter Samtlebe, der bei Hoesch Abteilungsleiter ist und gerade sein 40jähriges Dienstjubiläum feierte, gedacht haben.

„Hoesch stößt alle vor den Kopf“, schrieb sogar das Handelsblatt am 26.11.87.

„Aufkündigung jahrzehntelanger guter Zusammenarbeit“ . . ., ja „schnöder Vertrauensbruch“ wird dem Hoesch-Konzern dort vorgeworfen.

Die „finanzschwache Revierstadt“ Dortmund habe „sich in der Vergangenheit stets bemüht, ihrem größten Arbeitgeber zu Diensten zu sein . . . So wurde nicht zuletzt wegen Hoesch die Bundesstraße 236 autobahnähnlich ausgebaut. Und das Land . . . kaufte manches Hoesch-Grundstück zu guten Preisen an, um es dann auf Landeskosten zu sanieren . . .“ Und: „Vor allem Hoeschs wegen sei der umstrittene, höchst kostspielige Ausbau des Dortmunder Hafens, eines Teilstücks des Dortmund-Ems-Kanals und der Schleuse von Henrichenburg mit einem Aufwand von rd. 200 Millionen DM . . . in Angriff genommen worden.“

Aber nicht das „einnehmende Wesen“ des Konzerns und die kostenlosen Dienstleistungen der Stadt sind der Grund für Aufregung. Sondern: Es war alles für die Katz!

Denn der Konzern hat sich kurzerhand entschlossen, aus Profitgründen den Transport von Erz auf die Schiene zu verlagern. Die Spenderhosen des Verkehrsministers hatten größere Taschen.

„Schnöder Vertrauensbruch“? Wohl eher: „Monopoly communale“ live.

— ob Siemens „hauseigene“ Rats- und Parlamentsvertreter mit großzügigen finanziellen Zuwendungen und Freistellungen von der Arbeit „bei Laune“ hält;

— ob Hoesch durch massive Einflußnahme die Straßen- und Verkehrsführung im Raum Dortmund geprägt hat;

— oder ob ein x-beliebiger Konzern um Subventionen und Aufträge feilscht — mal mit, mal ohne „Geschenke“ für Politiker und Bürokraten oder ob Unternehmerverbände auf Privatisierung lukrativer kommunaler Dienstleistungen drängen — fest steht: in den Rathäusern ist immer was zu holen gewesen.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß Jörg Heimbrecht, Leiter der DKP-Umweltschutzkommission, und Otmar Steinbicker, Redakteur der UZ, einer breiten Öffentlichkeit durch eine „Köpenickiade“ Einblick ins „Monopoly Communale“ verschafften. Sie gründeten eine Scheinfirma, verhandelten mit Ministern und Bürgermeistern über die Ansiedlung eines erfundenen Chemiekonzerns und erhielten Angebote in Milliardenhöhe: Strom und Gas unterm Selbstkostenpreis kommunaler Elektrizitätswerke, einen Hochseehafen geschenkt, einen Quadratkilometer bestes Bauland zum Nulltarif und vieles mehr. (Nachzulesen in „Das Milliarden Ding“, Jörg Heimbrecht Pahl-Rugenstein-Verlag 1984.)

Das große Geld hat vor Ort in der lokalen Politik immer die erste Geige gespielt und oft genug den Taktstock für die gesamte Rathauspolitik geschwungen. (Siehe das Beispiel Hoesch im nebenstehenden Kasten.)

2.) Mit zunehmender Krise und der veränderten export- und weltmarktorientierten Krisenstrategie des Großkapitals ist die Bedeutung der Kommunalpolitik objektiv ge-



wachsen. Über die Funktion als direkter „Selbstbedienungsladen“ örtlicher Konzernniederlassungen hinaus ist Kommunalpolitik seit Mitte der 70er Jahre eine wichtige Umsetzungsebene der Krisenpolitik des Großkapitals.

Offen geben die finanzpolitischen Bonner Strategen heute zu, daß ihre Kampagne gegen Staatsverschuldung zur Schaffung von Arbeitsplätzen und ihr Schlachtruf „Konsolidierung der Haushalte“ Anfang der 80er Jahre auch das

Ziel hatte, durch Rotstiftpolitik in den Kommunen die Ausgaben- und Verschuldungsspielräume für den Bund zu vergrößern. „Konsolidierung“ bedeutete und bedeutet vor allem für die arbeitenden Menschen in den Kommunen: Abbau vielfältiger kommunaler Leistunge, Verschlechterung der Lebensqualität und der sozialen Lage, Verschärfung von Massenarbeitslosigkeit und Armut. Für das Monopolkapital und seinen Staat sind die Kommunen so immer mehr zu einem „zweiten Konto“ für Profitsub-

*Aufgaben
werden
„nach unten“
verlagert*

ventionierung geworden, das die Umverteilungsspielräume sichert z. B. zur Finanzierung der Steuerreform zugunsten des Großkapitals oder zur Subventionierung seiner Exportstrategie und nach wie vor für die Hochrüstung.

Die Abhängigkeit der Kommunen von Bund und Ländern ist brutal verschärft worden. Selbst bürgerliche Politiker beginnen einzugestehen, daß das verfassungsmäßig gebotene „Selbstverwaltungsrecht“ nicht oder kaum mehr existiert.

Die Umverteilungspolitik ist ein Beispiel. Die Methoden sind vielfältig: Über die staatliche Steuergesetzgebung und Haushaltspolitik von Bund und Ländern werden die Entscheidungsspielräume der Kommunen immer mehr eingeschränkt. Staatliche Ausgaben und Aufgaben werden von der zentralen Bundesebene „nach unten“ in die Kommunen verlagert. Rotstiftpolitik wird erpreßt, kommunale Haushalte von der Zustimmung der Regierungspräsidenten abhängig gemacht, Zuweisungen für allgemeine Aufgaben werden gekürzt bzw. nur noch als zweckgebundene Mittel vergeben, usw.

Ein „dicker Verwaltungsbrei“ von Durchführungrichtlinien, Muster Satzungen von der Hundesteuer über Kindergarten- und Straßenreinigungsgesetz bis zur Apothekenaufsicht und zum Umweltschutz ergießt sich über die Gemeinden.

Ein anderes Beispiel für das Bemühen um strategische „Gleichschaltung“ der Kommunalpolitik ist die zwischen 1973 und 1978 verwirklichte Verwaltungs- und Gebietsreform.

Hierbei wurde die Zahl der selbständigen Gemeinden von 24000 auf 8000 gedrittelt. Die Zahl der kommunalen Mandatsträger wurde ebenfalls von 450000 auf 150000 gedrittelt. Das ist ein gi-

gantischer Demokratieabbau, mit dem der bürgerliche Staat im Interesse des Großkapitals ein Stück stromlinienförmiger gemacht werden sollte. Oder anders gesagt: mit dieser Gebiets„reform“ wurde ein weiterer Schritt in Richtung „monopolistischer Zentralismus“ gegangen.

Unübersehbar ist: die Kommunen werden vom Großkapital stärker in seine Krisenstrategie eingebaut und in die Zange genommen, durch direkte Einflußnahme „unten“ vor Ort und immer mehr von „oben“, über Bund und Länder.

Unübersehbar ist: Widersprüche spitzen sich zu und lassen hinter ideologischen Schleiern deutlicher — auch in der Kommunalpolitik — den Grundwiderspruch unserer Gesellschaft hervortreten: den Widerspruch zwischen dem Großkapital, den großen Monopolen und der übrigen Gesellschaft.

Die Reaktionen der Kommunen der Kommunalpolitiker und -verwaltungen auf diese Entwicklungen und die dadurch offen zutage tretenden Widersprüche sind unterschiedlich.

Die Unterschiedlichkeit resultiert sowohl aus der Unterschiedlichkeit und Ungleichzeitigkeit von Krisenprozessen in den Regionen („Nord-Süd-Gefälle“) als auch aus unterschiedlichen politischen Grundpositionen und Einsicht in die Prozesse vor Ort.

Zur Widersprüchlichkeit und Unterschiedlichkeit gehört auch, daß die Kommunen immer Betroffene und Betreiber der Krisenpolitik zugleich sind. Welcher Anteil in welcher Frage überwiegt, hängt nicht zuletzt von der Stärke des demokratischen Kräftepotentials vor Ort ab, von der Stärke und dem Engagement von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien in der Kommune.

Termine der Karl-Liebknecht- Schule

Marxistische politische Ökonomie
Grundlehrgang mit Betreuung von Kindern ab 4 Jahren.
Lenin: Was tun?

August:

31.7-13.

14.-20.

21.-27.

Grundlehrgang
Marxistische Philosophie
Kommunalpolitik der DKP

September:

4.-10.

11.-24.

25.-1.10.

Grundlehrgang
Frauenpolitik der DKP
Aus der Geschichte der KPdSU
Lehrgang für Bildungsverantwortliche

Oktober:

2.- 8.

9.-15.

23.-29.

50.- 5.11.

Grundlehrgang
Kurzlehrgang für Betriebsarbeiter
Lehrgang für Gruppenvorsitzende und Stellvertreter
Agrarpolitik der DKP/Arbeit auf dem Lande

November

6.-12.

16.-19.

20.-26.

30.-3.12.

Dezember:

4.-10.

11.-17.

Grundlehrgang
Kommunistische Weltbewegung

Dialog

Frage von Rolf R. aus Hagen-Haspe:

Ich vermag nicht zu erkennen und kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, daß Beamte zur Arbeiterklasse gehören sollen.

Unsere Antwort:

Natürlich gehören der beamtete Staatssekretär und der beamtete Bundesrichter nicht zur Arbeiterklasse. Aber die Hunderttausende von kleinen und mittleren Beamten, die als Eisenbahner, als Briefträger oder als Beschäftigte in den unteren Verwaltungsbereichen Dienst tun, sind Teil der Arbeiterklasse. Sie haben keinen Besitz und keine Verfügungsgewalt an und über Produktionsmittel; die Art ihres Einkommens, ihre Gehälter, entsprechen den Löhnen der Arbeiter; ihre Einkommenshöhe entspricht etwa der Höhe der Arbeitereinkommen usw.

Gewiß haben sie einen Sonderstatus, also ihre Unkündbarkeit, ihre Versorgungsregelung, ihre Behandlung als „Privatpatienten“ im Krankheitsfall, etc. Aber diese „Vorteile“ heben sie weder über die Arbeiterklasse hinaus noch kann man sie deshalb zur herrschenden Klasse zählen.

Ja, es gibt Beamte, die zu den lohnabhängigen Mittelschichten/Intelligenz zählen. Aber auch sie stehen heute der Arbeiterklasse objektiv näher als der Kapitalistenklasse.

Lothar Z. aus Münster schreibt:

An einem Büchertisch auf einer Gewerkschaftsveranstaltung wurden mir einige Ausgaben Ihres Bildungsmagazins angeboten. Ich fand die Hefte sehr anschaulich und lehrreich und würde gerne alle bisher erschienen Ausgaben besitzen . . . Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die noch greifbaren Hefte zuschicken könnten. Weiterhin gutes Gelingen für Ihre Arbeit.

Unsere Antwort:

Wir bedanken uns für die guten Wünsche. Die meisten Ausgaben unserer früheren Bildungshefte sind vergriffen. Wir übersenden Ihnen den Sammelband des BILDUNGSMAGAZINS aus den Jahren 1986/87.

Frank G. aus Emden schreibt:

Ein Freund von mir sucht verzweifelt und erfolglos Material zur Geschichte der DKP und bat mich, Euch darum anzuschreiben (warum macht er das nicht selbst??). Aber da ich mal 'n netter Mensch bin, tue ich ihm den Gefallen und schreibe Euch mit der Bitte . . .

Unsere Antwort:

Die dazu erschienenen BILDUNGSMAGAZINE sind an Frank G. abgegangen. Ihm und seinem Freund die Information für das neue Bildungsjahr der DKP: Unter den Arbeitstiteln „20 Jahre DKP“ und „70 Jahre KPD“ erscheinen im Herbst 88 zwei Bildungshefte der DKP zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in unserem Lande. Auch in Emden finden dazu Bildungsveranstaltungen statt. Der Freund ist herzlich willkommen.



Ausgewogen, unabhängig, überparteilich...

„Ausgewogen, unabhängig, überparteilich“ –
das ist der Nebel, den Rundfunk, Presse
und Fernsehen verbreiten.

Wer den Nebel durchblickt, stellt fest,
daß die Medien einseitig, abhängig
und parteilich sind.

Die **VZ** ist da anders. Als Zeitung der
DKP hat sie einen klaren Standpunkt:
Im Interesse der arbeitenden
Menschen und aller demokratischen
Kräfte unseres Landes.
Gegen Kohl und Kapital.
Täglich.



Die **VZ** können Sie probelesen.
14 Tage kostenlos und unverbindlich.
02101/590321, Kollege Duisberg.
Oder schicken Sie uns diesen Coupon.

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Partei Vorstand
Prinz-Georg-Straße 79,
4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/
Niedersachsen/Nord
Contrescarpe 8c, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 20
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Rödelheimer Landstraße 13,
6000 Frankfurt/Main 90
Telefon (0 69) 77 50 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Heiligkreuzweg 92, 6500 Mainz 1
Telefon (0 61 31) 8 20 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 3 15 13

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 80 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Germersheimer Str. 30, 8000 München
Telefon (0 89) 40 18 91/93